

**Liebe Parteifreundinnen,
liebe Parteifreunde,**

nach einem Jahr 2010 ohne Wahlen wird das 1. Quartal 2011 geprägt durch die am 27.03.2011 stattfindende Kommunalwahl. Es gilt, die vorhandene Mandatszahl zu halten. Vielleicht schaffen wir es auch, in einzelnen Gemeinden ein Mandat dazu zu gewinnen. Leider werden wir keinen Rückenwind aus der Bundespolitik bekommen. Das wöchentliche Politbarometer aus Berlin spricht für sich.

Aber auf Kreis- und Gemeindeebene haben wir viele Pluspunkte, die es gilt, voran zu stellen. Henry Thiele hat als Kreisbeigeordneter zusammen mit der Kreistagsfraktion viele Projekte energisch vorangetrieben. Beide stehen für eine verantwortliche und umsetzbare Politik im Kreis und werden auch in der Öffentlichkeit so wahrgenommen. Das gilt es, im kommenden Wahlkampf zu nutzen.

Wir haben es mit einer Ausnahme geschafft, in allen Gemeinden, wo die FDP im Parlament vertreten ist, wieder Listen aufzustellen. Vielen Dank allen, die sich in der für die FDP politisch schwierigen Zeit haben aufstellen lassen. Arbeiten wir alle gemeinsam an einem guten Wahlergebnis, damit die FDP wie in der Vergangenheit die Politik in allen Parlamenten des Kreises maßgeblich mitgestalten kann.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien besinnliche Weihnachten und für das Jahr 2011 Gesundheit und Zufriedenheit.

**Ihr
Erhard Niklass
Kreisvorsitzender**

Termine:

**22. Januar 2011 – 15:00 Uhr
Bad Sooden-Allendorf - Neujahrsempfang des Kreisverbandes mit
Staatsminister und FDP-
Landesvorsitzenden Jörg-Uwe Hahn**

**28. Januar 2011 – 18:00 Uhr
Wanfried - Spanferkelessen im
Wanfrieder Hof mit Staatsminister
Dieter Posch**

Niklass begrüßt Lösung bei Schülerbeförderung gerade für Flächenkreise wie den Werra-Meißner-Kreis

Der FDP Kreisvorsitzende Erhard Niklass begrüßt nach der Beschlusslage des Bundesrates vom Freitag die schnelle Entscheidung der zuständigen Ministerin von der Leyen, eine zufrieden stellende Lösung bei der Schülerbeförderung umzusetzen und sieht damit große Chancen für finanzschwache Familien im Werra-Meißner-Kreis, Bildungschancen stärker zu nutzen.

Die schlimme Situation, dass Kinder von Hartz IV-Empfängern, die eine weiterführende Schule besuchen wollen, auf den Beförderungskosten sitzen bleiben, hat dank einer hessischen Initiative im Bundesrat nun bald ein Ende. Es ist bei der damaligen Gesetzgebung seitens der rot-grünen Bundesregierung versäumt worden, diese Problematik frühzeitig zu erkennen und bei der Berechnung der Hartz IV-Regelsätze zu berücksichtigen,“ so Erhard Niklass. Gerade in Flächenkreisen wie im Werra-Meißner-Kreis, mit den damit verbundenen längeren Wegen zu weiterführenden Schulen, ist die Gefahr der Ausgrenzung von Kindern und Schülern aus finanziellen Gründen gegeben. Nach Ansicht der FDP ist deshalb die schnelle Reaktion der Ministerin von der Leyen nach dem Votum des Bundesrates im Sinne der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Damit sind die Bildungschancen für alle gewährleistet und nach schneller Umsetzung ein leidiges Problem aus der Welt geschafft, ist sich Erhard Niklass sicher.

„Eine jetzt ins Auge gefasste gesetzliche Regelung zu den Schülerbeförderungskosten innerhalb der Hartz IV-Gesetze sichert den Bildungsfrieden in unserem Lande.“

(Erhard Niklass)

Interview in der HNA – Witzenhäuser Allgemeine

Hallo Herr Niklass,

Wie viele Mitglieder hat der FDP-Kreisverband derzeit, wie viele waren es vor einem Jahr?

Niklass: Wir haben in diesem Jahr keinen Mitgliederrückgang zu verzeichnen. Im Gegenteil, in den vergangenen Monaten gab es sogar zwei Aufnahmen. Insgesamt haben wir unter 200 Mitglieder im Kreis.

Können Sie die Vorwürfe des Schleswig-Holsteiner FDP-Fraktionschef Wolfgang Kubicki gegen Guido Westerwelle teilen?

Niklass: Die pauschalen Vorwürfe gegen Westerwelle teile ich nicht. Damit macht es sich Kubicki zu einfach. Richtig ist, die Liberalen werden in der Öffentlichkeit negativ wahrgenommen. Wir müssen unsere Konzepte und Lösungen besser zu den Bürgern

transportieren. Das muss durch Führungspersonen der Partei passieren, die in der Öffentlichkeit Glaubwürdigkeit besitzen. Nur mit einem personellen Neuanfang in der Bundespartei wird es der FDP gelingen, mehr Zustimmung für ihre Konzepte bei den Wählern zu bekommen. Denn Erfolge der Bundesregierung insbesondere im Bereich Wirtschaft sind vorhanden, z. B. beim hohen Wirtschaftswachstum in Deutschland und dem Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Die positive Arbeit des Wirtschaftsministers Brüderle geht nur leider unter.

Wie positioniert sich die Kreis-FDP in dieser Diskussion, befasst sie sich überhaupt damit?

Niklass: In internen Kreisen wird stark diskutiert, zumal wir Kommunalwahlkampf haben und dort das Ziel, mehr Mandate zu

gewinnen. Zum Glück laufen Kommunalwahlen mit anderen Gesetzmäßigkeiten ab, da geht es um die heimischen Persönlichkeiten.

Vielen Dank und schöne Grüße
Stefan Forbert

Arbeiten am von Bund begonnen im neuen Jahr geförderten Klima- schutzkonzept für Kreis

„Lange haben wir auf den Bescheid aus Berlin gewartet, aber jetzt sind die Fördergelder per Bescheid schriftlich zugesagt“, freut sich Umweltdezernent Henry Thiele. Genau vor einem Jahr hat der Werra-Meißner-Kreis mit Zustimmung der Kommunen im Kreis ein Klimaschutzkonzept beim Bund beantragt. Die Stadt Witzenhäuser hat unabhängig bereits ein Konzept beantragt, arbeitet aber eng mit dem Kreis und den anderen Kommunen zusammen. Das Bundesumweltministerium hatte ursprünglich eine Kostenübernahme von 80 Prozent für ein Klimaschutzkonzept in Aussicht gestellt. Dann verzögerte ein Fördermittelstopp im Frühjahr die Bearbeitung des Antrages. „Leider mussten wir im Sommer eine Kürzung der Fördermittel auf 60 Prozent hinnehmen, aber das Zukunftsthema Klimaschutz ist uns so wichtig, dass wir uns entschlossen haben, die Differenz aus Eigenmitteln zu finanzieren“ so Erster Kreisbeigeordneter Henry Thiele.

„Besonders erfreulich an unserem Klimaschutzkonzept ist die Teilnahme aller Städte und Gemeinden. Nur so können die Erfolge einzelner Kommunen ausreichend transparent werden und sich zu einer Gesamtleistung addieren“, erläutert die Umweltberaterin des Kreises Gabriele Maxisch.

Nachdem im November der positive Bescheid aus Berlin kam, wurde schnellst möglich an der Beauftragung des Konzeptes gearbeitet. Verschiedene erfahrene Büros haben im Rahmen eines Wettbewerbes Angebote zur Konzepterstellung abgegeben. „Wir freuen uns sehr, dass als Ergebnis des Wettbewerbs die Konzepterstellung von renommierten und be-

kannten Witzenhausen - Institut übernommen wird. In der Kreisausschusssitzung Anfang Dezember wurde der Beauftragung zugestimmt.

Das Witzenhausen-Institut kennt sich durch die Erarbeitung der Biomassepotentialstudie, die von der Landesregierung beauftragt wurde, bereits bestens in der Thematik aus, so dass sinnvolle Synergien zu erwarten sind", so Henry Thiele. Im Januar können alle Bürgermeister mit einem freundlichen Anruf des Witzenhausen-Institutes rechnen, denn sie werden persönlich besucht und dabei über ihre bereits erfolgten und geplanten Maßnahmen im Klimaschutz befragt. Vielfach wird der Zusammenhang zum Klimaschutz einfach übersehen oder der Wert einer effizienten Straßenbeleuchtung, modernen Holzheizungen oder Dämmmaßnahmen einfach unterschätzt. In den Gesprächen werden die Zielsetzungen der Kommunen herausgearbeitet. Die Umweltberaterin wird zusätzlich als Ansprechpartnerin und Koordinatorin für die Kommunen wirken. Ihrem Wunsch nach sollen auch Bürgerinnen und Bürger in das Konzept einbezogen werden. Ideen dafür ist beispielsweise eine Mitmachseite im Internet, die die CO₂-Einsparungen für alltägliche Aktionen verdeutlicht. Benutzt man beispielsweise die Bahn statt das Auto für eine Reise erhält man eine virtuelle CO₂-Gutschrift. Derartige Gutschriften kann man in Alltagssituationen sammeln. Die Gewinner könnten dann ihre Klima schonende Lebensweise öffentlich vorstellen und ein klimaneutrales Geschenk erhalten. Fragen rund um den Klimaschutz beantwortet Gabriele Maxisch unter der Rufnummer 05651 302-2751.

(Henry Thiele)

327.000 Euro für Eschwege

Mit Freude hat der FDP-Kreisvorsitzende Erhard Niklass von Wirtschaftsminister Dieter Posch erfahren, dass Eschwege aus dem Städtebauprogramm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ Fördergelder in Höhe von 327.000 Euro erhält. Gefördert werden Maßnahmen im Eschwege Stadtgebiet Bahnhofsumfeld mit 150.000 Euro und Eschwege-Niederhohne mit 177.000

Diese Geld stammt hälftig aus Mitteln des Bundes und des Landes. Das Programm war zunächst für die Erneuerung historischer Altstädte in den neuen Bundesländern geschaffen worden und wird seit 2009 auch in den alten Bundesländern für den Erhalt historischer Stadtkerne mit denkmalgeschützten Gebäuden eingesetzt.

„Gerade in Eschwege kann damit der Erhalt wertvoller Bausubstanz unterstützt werden. Wir als Liberale freuen uns darüber besonders, hatten wir doch in Eschwege vor Ort schon verschiedene Veranstaltungen zum Thema Denkmalschutz durchgeführt, um Maßnahmen zur Förderung der Lebensqualität herbei zu führen,“ so Erhard Niklass.

Das Programm „Städtebaulicher Denkmalschutz“ wird den Forderungen der Liberalen gerecht, sich im Angesicht der demographischen Entwicklung und ins Besondere bei der Erhaltung der Kernbereiche für die Kommunen stärker einzusetzen.

(Erhard Niklass)

FDP- Kreistagsfraktion Anträge im Kreistag

Erstellung eines Solarpotentialkatasters

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, in Abstimmung mit den Kommunen zur Information auf welchen Dächern aller Gebäude im Werra-Meißner-Kreis eine Eignung zur solaren Nutzung gegeben ist, ein Solarpotentialkataster erstellen zu lassen.

Begründung:

In Deutschland sind ca. 20% der vorhandenen Dachflächen für die solare Energienutzung geeignet. Diese könnte deutschlandweit den kompletten privaten Strombedarf decken. Dies entspricht mehr als dem 100-fachen der heutigen Nutzung.

Mit Geographischen Informationssystemen (GIS) wird auf der Basis von Flugzeugscannerdaten vollautomatisch das Solarpotential aller Dachflächen exakt ermittelt. Dies geschieht über die Berech-

nung der Dachneigung, -ausrichtung und -verschattung. "Daraus wird für jede Teilfläche eines Daches die solare Eignung, der potentielle Stromertrag, die CO₂-Einsparung sowie das Investitionsvolumen berechnet und in einer interaktiven Karte im Internet für Jedermann bereitgestellt. Die Eigentümer geeigneter Dächer in den Gemeinden können dann durch aktive Öffentlichkeitsarbeit in der Presse und Informationsveranstaltungen über Fördermöglichkeiten informiert und zur Nutzung von Photovoltaik- und thermischen Solaranlagen motiviert werden.

(FDP-Kreistagsfraktion)

Weg zur Optionskommune braucht 2/3 Mehrheit im Kreistag

„Wir würden es sehr begrüßen, wenn CDU, Grüne und FWG den von der SPD/FDP-Koalition bereits unterstützten Weg, die Betreuung der Langzeitarbeitslosen im Werra-Meißner-Kreis komplett durch die Kreisverwaltung zu übernehmen, unterstützen“, so SPD-Fraktionsvorsitzender Lothar Quanz. „Damit wäre der Weg für eine breite Zustimmung im Kreistag frei, dies wäre ein gutes Signal für die von Arbeitslosigkeit betroffenen und gibt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Arbeitsförderung Klarheit über den zukünftigen Kurs“, ergänzt Ekkehard Götting für die FDP-Fraktion.

„Die Verwaltung des Werra-Meißner-Kreis hat sich in den letzten Wochen intensiv mit dem Optionsantrag beschäftigt und dem Kreisausschuss bereits ein Eckpunktepapier vorgelegt, das zeigt, dass der Kreis mit einem guten Konzept die Aufgabe der Qualifizierung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen angehen wird“, lobt Lothar Quanz die bisherigen Anstrengungen auf dem Weg zur Optionskommune. „Ein Signal aus der Kreispolitik, dass die erforderliche 2/3 Mehrheit im Kreistag sicher wäre, würde dem Kreis den Weg für die Erarbeitung des eigentlichen Antrages an das Land ermöglichen. In Wiesbaden wird dann abschließend entschieden werden, welche hessischen Landkreise zukünftig

zusätzlich Optionskommunen werden können“, erläutert Ekkehard Götting.

Aus Sicht von Quanz und Götting bietet die Option für den Werra-Meißner-Kreis eine Reihe von Vorteilen. So kann in Optionskommunen die Betreuung und Vermittlung langzeitarbeitsloser Menschen in den sozialpolitischen Strukturen und fachlichen Netzwerken der Verwaltung eng verknüpft werden und noch mehr als bei allen anderen Modellen die Strukturen an die Bedürfnisse der Arbeitsuchenden angepasst werden. „Hier liegt die eigentliche Chance der Neuorganisation, denn mit der größeren Eigenverantwortung steigen auch die Möglichkeiten die Arbeitsmarktpolitik passgenau an die Bedürfnisse vor Ort anzupassen und Netzwerke zu schaffen, die es ermöglichen mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Ziel ist es, dass nicht nur die Leistungsgewährung und Arbeitsvermittlung aus einer Hand erfolgen, sondern auch komplexere Probleme der Arbeitssuchenden durch ein integriertes Fallmanagement gelöst werden“, unterstreichen die beiden Fraktionsvorsitzenden.

(FDP-Kreistagsfraktion)

Berichts Antrag

"Modellvorhaben: Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft - alte Länder"

Der Kreisausschuss wird gebeten, einen aktuellen Sachstandsbericht, der im Rahmen der Erarbeitung des Masterplanes eingerichteten 3 Arbeitsgruppen, in die jeweilig zuständigen Kreistagsausschüsse zu geben. Dazu sind der Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. und die Sprecher der Arbeitsgruppen mit einzuladen. Sie sollen gebeten werden, in den jeweiligen Ausschüssen den Bericht des Kreisausschusses zu ergänzen und die aktuellen Zwischenstände vorzutragen.

Die Arbeitsgruppen (AG) beschäftigen sich mit folgenden Themenfeldern:

AG 1: Soziale Infrastruktur

- Kindertagesstätten, Pflege im ländlichen Raum, Begegnungsstätten, Nahversorgung und Dienstleistungen, Gesundheit (Hausärzte), Beratungseinrichtungen für Familien, Senioren und Jugendliche

AG 2: Kultur und Bildung

- Kunst- und Kultureinrichtungen, Bildungsinfrastrukturen, Schulen

AG 3: Energie, Siedlungsentwicklung und Erreichbarkeit

- Entwicklung der Städte und Dörfer (Schwerpunkt Innenentwicklung und Wohnen), Erreichbarkeitsinfrastrukturen (ÖPNV, Bürgerbus, Anrufsammeltaxi, MFZ),

Die Zwischenergebnisse der AG 1 sollen in den Gesundheits- und Sozialausschuss, die der AG 2 in den Schulausschuss und die der AG 3 in den Ausschuss für Kreis- und Regionalentwicklung unter Beteiligung des Umweltausschusses zur Beratung überwiesen werden.

Begründung:

Der Werra-Meißner-Kreis nimmt in Kooperation mit dem Verein für Regionalentwicklung Werra-Meißner e.V. am Modellvorhaben "Demografischer Wandel - Region schafft Zukunft - alte Länder" teil. Im Dezember 2009 wurde eine Interessensbekundung zur Teilnahme an dem Modellvorhaben abgegeben. Ende Februar 2010 erhielt der Werra-Meißner-Kreis den Bescheid, in der zweiten Bewerbungsrunde mit aufgenommen zu sein und bis Ende März ein Handlungskonzept zum Demografischen Wandel zu erarbeiten. Nach Abgabe des Konzepts erhielt der Landkreis am 23. April die Zusage vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung in das Modellvorhaben aufgenommen zu sein. Im Rahmen des

Modellvorhabens stehen fast 1 Mio. Euro für die Region zur Verfügung. Zur Umsetzung des Modellvorhabens wird für 8 Themenbereiche in drei Arbeitsgruppen ein Masterplan entwickelt. Die Auftaktveranstaltung fand am 7. Juli 2009 in Eschwege statt. Anlässlich dieser Zusammenkunft wurde öffentlich für die Teilnahme an den Arbeitsgruppen zur Erarbeitung des Masterplans geworben. Zurzeit stehen die Arbeitsgruppen kurz vor dem Abschluss ihrer Beratungen und es werden die jeweiligen Handlungsempfehlungen im Rahmen des Modellvorhabens erarbeitet. Die weitere Begründung erfolgt mündlich in der Sitzung.

(FDP-Kreistagsfraktion)

Junge Liberale Witzenhausen kritisieren Anhebung der Gewerbesteuer

Die Jungen Liberalen Witzenhausen kritisieren die in der vergangenen Woche durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossene Anhebung der Gewerbesteuer scharf. Durch die Anhebung der Hebesätze auf 380% wird die Standortattraktivität des Stadtgebietes unnötig geschmälert. „Dadurch verliert der Standort Witzenhausen einen seiner letzten Vorteile. Insbesondere junge Menschen werden es so immer schwerer haben in Witzenhausen noch Arbeit zu finden. Dadurch ist letztlich die junge Generation Verlierer dieses Beschlusses.“ sagte der Juli-Spitzenkandidat für die Stadtverordnetenversammlung Benjamin Lampe dazu. Die Julis weisen außerdem darauf hin, dass „eine unnötige Anhebung der Gewerbesteuer, die Gewinne der Unternehmen so stark schmälert, dass weder Rücklagen für schlechte Zeiten, noch weitere Investitionen vor Ort der bereits ansässigen Unternehmen möglich sind.“ (Sebastian Fischer, Ortsverbandsvorsitzender). Außerdem kritisieren die Julis, dass man sich bei der Anhebung der Hebesätze auf andere Städte, wie z.B. Bad Hersfeld bezogen habe. So sagte Lampe: „Dieser Argumentation fehlt die Substanz: Bad Hersfeld hat allein schon durch seine infrastrukturell sehr gute Anbindung, z.B. an

das Autobahnnetz, deutliche Standortvorteile, die Witzenhausen leider nicht aufweisen kann. Daher muss Witzenhausen auf anderen Feldern attraktiv sein.“ Fischer fügte hinzu: „Zusätzlich ist zu bedenken, dass Unternehmen in unseren Nachbarstandorten in Thüringen von Subventionen profitieren, die die hier ansässigen Unternehmen nicht bekommen.“ Daher glauben die Julis, dass durch die Anhebung der Gewerbesteuer nur andere Standorte noch attraktiver werden. Des Weiteren loben die Julis alle Stadtverordneten, die der Erhöhung nicht zugestimmt haben.

Die Julis sehen die Gewerbesteuer allerdings nur noch als kurzfristige Lösung zur Kommunalfinanzierung an. Langfristig sprechen sich die Jungen Liberalen *Hessen* dafür aus, die Gewerbesteuer ganz abzuschaffen und ein völlig neues Kommunalfinanzierungsmodell zu schaffen: Dieses Modell sieht vor der Arbeitsplatzgemeinde einen Zuschlag auf die Unternehmenssteuer zu garantieren und der Wohnsitzgemeinde einen Teil der Einkommensteuer zuzugestehen. Dies hätte den Vorteil einer gerechteren Verteilung, auch auf die Wohnsitzgemeinden. „Viele Bürger arbeiten in der Großstadt, leben aber im ländlichen Raum. Dieses Modell finanziert nicht nur die gewerbereichen Großstädte, sondern liefert auch einen Ansatz die steigende finanzielle Not der Wohnsitzgemeinden im ländlichen Raum zu beseitigen.“ sagte Lampe hierzu.

Außerdem sehen die Julis Witzenhausen in der Subventionierung von Unternehmen in der ehemaligen DDR eine Verzerrung des Wettbewerbes, die zu Lasten von Witzenhausen geht. „Die Subventionen sind über zwanzig Jahre nach der Einheit nicht mehr angebracht. Sie sollten eingestellt werden oder wenigstens weiter nach Osten verschoben werden.“, sagte Fischer dazu. Lampe betonte abschließend, dass die Julis *einseitige Subventionen* insgesamt ablehnen.

(Benjamin Lampe)

Hendrik Silken im Amt bestätigt!

Auf dem 55. Landeskongress der Jungen Liberalen Hessen am heutigen Samstag in Fulda stand die Neuwahl des Landesvorstandes auf der Tagesordnung. Nach einer interessanten Einführungsrede des Gastredners Wolfram Dette, Bundesvorsitzender Vereinigung liberale Kommunalpolitiker und Oberbürgermeister von Wetzlar, diskutierten die Nachwuchspolitiker intensiv über ein Rahmenprogramm zur Kommunalwahl.

„Nach einem sehr erfolgreichen ersten Jahr freue ich mich über die Bestätigung meiner Arbeit mit einem sehr guten Ergebnis von 95%! In dem vor uns liegenden Amtsjahr werden wir die angefangenen Projekte zu Ende führen und unsere Inhalte weiter stark in der FDP vertreten. Neben der Abstimmung über die Schuldenbremse wird die Kommunalwahl im kommenden Frühjahr das Highlight unserer Vorstandsperiode. Nach dieser Wahl sollten mehr junge Vertreter in den kommunalen Parlamenten sich für die Generationengerechtigkeit und die Interessen der jungen Menschen einsetzen,“ umreißt der Vorsitzende der JuLis Hessen, Hendrik Silken, die nächste Vorstandsperiode. Zur Unterstützung des Vorsitzenden wählten die Delegierten die vier Stellvertreter Stefan Schartner für Programmatik (25, Marburg-Biedenkopf), Konrad Greilich für Organisation (20, Giessen), Elias Knell für Pressearbeit (21, Waldeck-Frankenberg) und Mark Matthies für Finanzen (23, Fulda). Vervollständigt wird der Vorstand von den sechs Beisitzern Daniel Sachs (20, Frankfurt), Marcella Matthes (26, Groß-Gerau), Julian Lube (20, Wiesbaden), Bastian Kaufhold (18, Hochtaunus), Kirill Steinert (27, Marburg-Biedenkopf) und Max Grotepaß (23, Werra-Meißner).

FDP-Intern - Abgabetermin für Beiträge von FDP-Intern 46 ist der 15. März 2011 - Beiträge bitte an Ekkehard Götting, Finkenweg 9, 37269 Eschwege, Fax. 05651/ 754489, ekkehard.goetting@web.de oder an die Geschäftsstelle